



Antrag

der Fraktion der SPD

Schluss mit Werkverträgen in der Fleischindustrie – Gute Arbeitsbedingungen durchsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass der Verhaltenskodex und die freiwillige Selbstverpflichtung der Fleischindustrie zur Einhaltung sozialer Standards nicht umgesetzt wurden. Daher muss der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen in der Fleischindustrie gesetzlich weiter unterbunden werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und menschenunwürdigen Unterkünfte in der Fleischindustrie.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die von der Bundesregierung beschlossenen Eckpunkte zum „Arbeitsschutzprogramm für die Fleischindustrie“ ausdrücklich.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die erforderlichen Gesetzgebungsverfahren aktiv zu unterstützen und sich für gute Arbeitsbedingungen und einen starken Arbeitsschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Fleischindustrie in Schleswig-Holstein einzusetzen. Die Landesregierung wird daher aufgefordert,

- auf Bundesebene die beschlossenen Maßnahmen des Eckpunktepapiers der Bundesregierung mit einer Novelle des Arbeitsschutzgesetzes und besonders das Verbot von Werkverträgen im Kernbereich der unternehmerischen Tätigkeit in Betrieben der Fleischindustrie zu unterstützen;

- als Sofortmaßnahme eine feste Vor-Ort-Arbeitsinspektion an den großen Standorten industrieller Schlachthöfe und der fleischverarbeitenden Industrie in Schleswig-Holstein einzurichten und damit für regelmäßige Kontrollen über den vollen Arbeitstag zu sorgen;
- als Sofortmaßnahme einen Runden Tisch „Branchendialog Fleischwirtschaft“ mit allen am Thema beteiligten Akteuren einzurichten;
- die Zuständigkeiten für die Fleischindustrie in der Landesregierung zu bündeln, um die Situation in der Fleischindustrie in Schleswig-Holstein rückhaltlos zu analysieren und zu verbessern;
- einen brancheneinheitlichen Tarifvertrag, der ein menschenwürdiges Leben und eine angemessene Unterkunft ermöglicht, zu unterstützen.

Begründung:

In den vergangenen Wochen sind zahlreiche positive Corona-Tests bei Beschäftigten in Betrieben der Fleischwirtschaft öffentlich bekannt geworden. Es ist davon auszugehen, dass die belastenden Arbeits- und Lebensbedingungen in der Fleischwirtschaft eine vermehrte Infektion begünstigt haben. Seit mehreren Jahren prangern wir die Arbeitsbedingungen und die Wohnsituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Fleischindustrie in Schleswig-Holstein an und fordern, die Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie zu verbessern und die ArbeitnehmerInnenrechte zu stärken. Der Verhaltenskodex und die freiwillige Selbstverpflichtung der Fleischwirtschaft zur Einhaltung sozialer Standards sind angesichts der bekannten Missstände gescheitert. Weiterhin wird ein Großteil der Arbeiten in der Fleischindustrie über Werkverträge mit in Deutschland ansässigen Dienstleistungsunternehmen erledigt. Dadurch wird sich teilweise der staatlichen Kontrolle entzogen. Die Praxis der Vergabe von Schlacht- und Zerlegearbeiten als Werkverträge muss daher im Kernbereich verboten werden, damit ein direktes Arbeitsverhältnis der im Schlachthof Beschäftigten mit dem Schlachthofbetreiber die Regel wird. Die von der Bundesregierung am 20.05.2020 beschlossenen Eckpunkte für ein „Arbeitsschutzprogramm für die Fleischindustrie“ sind daher zu begrüßen und zu unterstützen.

Die Arbeitsschutzregeln sind verbindlich und von jedem Arbeitgeber/jeder Arbeitgeberin einzuhalten. Die schärfsten Regeln nützen jedoch nichts, wenn ihre Einhaltung nicht kontrolliert wird. Daher müssen die Arbeitsschutzkontrollen in der Fleischindustrie regelmäßig durchgeführt werden. Eine direkte Arbeitsinspektion vor Ort bei den großen Standorten der industriellen Fleischindustrie kann die Abläufe konkret beobachten und auf diese Weise sicherstellen, dass geltendes Recht eingehalten wird. Dies zwingt alle Beteiligten dazu, Prozesse gesetzeskonform umzustellen und entsprechende Verfahren einzuüben.

Kirsten Eickhoff-Weber
und Fraktion